

Autor: Matthias Thieme
Seite: 17
Ressort: Wirtschaft

Quellrubrik: S
Ausgabe: FR Deutschland-Ausgabe

Absprachen im Hinterzimmer

Politiker und Unternehmensvertreter diskutieren über Gefahren durch Lobbying

Von Matthias Thieme

Wie kontrolliert man die Einflüsterer der Politik? Wo verlaufen die Grenzen zwischen legitimer Interessenvertretung und fragwürdiger Hinterzimmer-Absprachen? Es war eine Diskussion mit überraschenden Wendungen, die Politiker und Experten am Dienstagabend in Berlin über die Studie der Otto-Brenner-Stiftung zur Regulierung von Lobbyistentätigkeiten führten. Dem einzigen Gast mit realer politischer Gestaltungsmacht kam dabei eine besondere Rolle zu: Peter Altmaier, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag sagte deutlich, was er von den meisten Vorschlägen der Studie hält: nichts.

"Für mich ist Lobbyismus etwas genauso Schlechtes wie Journalismus", provozierte Altmaier gleich zu Beginn die Experten-Runde. "Wenn wir alle Lobbyisten verbieten, werden die Gesetze nicht besser, sondern schlechter." Aus Altmeiers Sicht sind "Lobbyisten dazu da, Gesetze besser zu machen". Überhaupt werde das Thema maßlos überschätzt und skandalisiert, meint der Politiker. In jeder Sitzungswoche des Bundestages gebe es eine Vielzahl von parlamentarischen Abenden "mit Buffets und Catering, um Politiker zu beeinflussen", so Altmaier. "Ich glaube nicht, dass das erfolgreich ist." Das Beeinflussungsgeschäft sei natürlich leichter für einen Lobbyisten, "der für Hunger in der Welt Lobbying macht, als für einen, der für Waffenexporte wirbt", sagte Altmaier. Ein verpflichtendes Lobbyisten-Register des Bundestages, wie in der Studie gefordert, lehnt Altmaier ab.

Dem widersprach der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Christian Lange. "Wir wollen ein verpflichtendes Register", so Lange. Nur damit könne man in das Geflecht von Agenturen, die Politiker beeinflussen wollen, Transparenz bringen. Zur Überraschung waren die anwesenden Vertreter großer Lobby-Organisationen und Unternehmen in der Frage alles andere als ablehnend. "Alles, was wir tun können, um aus der Schmutzdecke herauszukommen, ist in unserem Sinne", sagte der Cheflobbyist von BASF, Wolfgang Niedermark. Auch Kathrin Zabel, Cheflobbyistin der Deutschen Post DHL sagte: "Ich habe überhaupt keine Probleme mit einem Register, wenn es dazu dient, sich einen Marktüberblick zu verschaffen."

"Im Bundestag haben Lobbyisten nichts zu suchen", sagte Herbert Hönigsberger, Mitautor der Studie. Dies gelte nicht nur für Lobbyisten von Unternehmen, sondern auch etwa für nebenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre. Problematisch seien nicht Mitgliedschaften in Vereinen oder Organisationen, aber Funktionsträger dürften nicht gleichzeitig Abgeordnete sein. Völlig uneins war sich die Expertenrunde darüber, ob Politiker Karenzzeiten einhalten sollen, wenn sie nach ihrem Ausscheiden etwa aus dem Bundestag in die Wirtschaft wechseln. Er lehne solche Karenzzeiten ab, sagte Altmaier. "Die Leute müssen ja auch von etwas leben." Sein SPD-Kollege Lange forderte zumindest eine einjährige Auszeit für Regierungsmitglieder. Daraufhin schlug Altmaier einen überraschenden Vorschlag: Er wolle eine mehrjährige Offenlegungspflicht für Minister und Abgeordnete, die in die Wirtschaft wechseln. "Die Öffentlichkeit muss wissen dürfen, was ein ausgeschiedener Minister oder Abgeordneter verdient."

Danach sprach Altmaier davon, dass Gesetzestexte in der Vergangenheit teilweise von privaten Kanzleien formuliert wurden. Hier sei das "core business" des Staates in Gefahr. "Wir müssen im Stande sein, unsere Kernaufgabe zu erfüllen." Wenn die Kapazität in den Ministerien für dringende Gesetzesvorhaben fehlten, "muss man eine mobile Gesetzgebungs-Task-Force machen", rief Altmaier in den Saal. "Wir müssen klarstellen, dass der Staat seine Arbeit gefälligst selber zu machen hat."

weise von privaten Kanzleien formuliert wurden. Hier sei das "core business" des Staates in Gefahr. "Wir müssen im Stande sein, unsere Kernaufgabe zu erfüllen." Wenn die Kapazität in den Ministerien für dringende Gesetzesvorhaben fehlten, "muss man eine mobile Gesetzgebungs-Task-Force machen", rief Altmaier in den Saal. "Wir müssen klarstellen, dass der Staat seine Arbeit gefälligst selber zu machen hat."

LOBBYKRATIE-MEDAILLE

Negativpreis: Die Deutsche Bank ist am Mittwoch mit der Lobbykatie-Medaille für undemokratische Lobbyarbeit ausgezeichnet worden. Der Preis wird von dem Verein Lobby-Control vergeben. Kritisiert wird die Rolle der Deutschen Bank bei der Rettung Griechenlands. Bank-Chef Josef Ackermann wurde von der Politik eng in ihre Entscheidungen eingebunden. Zu eng, kritisieren die Aktivisten. Er habe seinen Einfluss zugunsten der Banken und zulasten der Gesellschaft missbraucht, so der Vorwurf.

Widerspruch: Die Deutsche Bank wünschte den Aktivisten für die Zukunft mehr Treffsicherheit bei der Preisvergabe. Sie sei ein schlechter Preisträger, denn sie sei in Griechenland nur gering engagiert und habe deshalb gar kein spezifisches Eigeninteresse an der Rettung gehabt. Stattdessen habe sich Ackermann für einen freiwilligen Schuldenverzicht der Banken eingesetzt und darauf verzichtet, griechische Staatsanleihen zu verkaufen. Das habe die Bank alleine in diesem Jahr 400 Millionen Euro an Abschreibungen gekostet.